

EU einigt sich auf Kompromiss im Haushaltsstreit

12.11.2013



dpa Durch die Einigung auf einen Haushalt für 2014 ist nun auch ein Beschluss über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 in Höhe von rund einer Billion Euro wahrscheinlich.

Wie viel Geld darf Europa 2014 ausgeben? Über Monate hinweg lagen EU-Parlament und Ministerrat darüber im Streit. Nach zähem Ringen steht jetzt ein Kompromiss. Die EU darf demnach im kommenden Jahr 135,5 Milliarden Euro ausgeben.

Das EU-Parlament und die Regierungen der 28 EU-Staaten haben ihren monatelangen Haushaltsstreit beigelegt. Sie einigten sich nach fast 16-stündigen Verhandlungen am frühen Dienstagmorgen auf einen Kompromiss. Die EU darf demnach im kommenden Jahr 135,5 Milliarden Euro ausgeben, wie die litauische Ratspräsidentschaft mitteilte. "Wir stärken die besonders wichtigen Bereiche Wachstum, Beschäftigung und Innovation", sagte der Ratsvorsitzende und litauische Finanz-Staatssekretär Algimantas Rimkunas.

Auch der heftig umstrittene Nachtragshaushalt für 2013 über 400 Millionen Euro Katastrophenhilfe steht. Damit sollen Opfer des Hochwassers im Juni entschädigt werden – Deutschland kann mit 360 Millionen Euro rechnen. Der Kompromiss von Rat und Parlament sieht vor, 250 Millionen Euro aus Haushaltsresten des laufenden Jahres zu bezahlen. Weitere 150 Millionen Euro werden aus dem Budget des kommenden Jahres genommen. Zugleich wird dem Wunsch des Parlaments entsprochen, 200 Millionen Euro aus bislang nicht ausgegebenen Posten des Budgets des laufenden Jahres zugunsten der Forschung auszugeben.

Mehrjähriger Finanzrahmen

Durch die Einigung auf einen Haushalt für 2014 ist nun auch ein Beschluss über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 in Höhe von rund einer Billion Euro wahrscheinlich. "Ich bin optimistisch, dass das Parlament dem Mehrjährigen Finanzrahmen

zustimmen wird", sagte EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Es gebe keinen Grund, die Abstimmung noch einmal zu verschieben.

Das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten streiten sich seit Monaten um die Höhe des Haushalts 2014. Die Regierungen wollten zunächst nur Ausgaben von maximal 135 Milliarden Euro akzeptieren – ein Budget unter der vereinbarten Obergrenze, die im Finanzrahmen für 2014 bis 2020 vorgesehen ist. "Hohe Ausgaben sind nicht der richtige Weg, um die Probleme in den Griff zu kriegen", sagte die Staatssekretärin im britischen Finanzministerium, Nicky Morgan, vor den Verhandlungen. Das Parlament forderte hingegen 136,4 Milliarden Euro an Ausgaben für das kommende Jahr. Die Kommission hatte 136,1 Milliarden Euro vorgeschlagen. Am Ende einigte man sich auf 135,5 Milliarden Euro.

Vier Gegenstimmen

Der Kompromiss sieht 2014 weniger EU-Ausgaben vor als im laufenden Jahr. Im Jahr 2013 darf die EU noch 144,3 Milliarden Euro ausgeben. Die Mitgliedsstaaten mussten 11,2 Milliarden Euro nachschießen, um Löcher im Haushalt 2013 zu stopfen. Nachtragshaushalte sind auch 2014 denkbar: "Ich schließe nicht aus, dass noch ergänzende Finanzierungen nötig sein könnten", sagte Rimkunas. Der Kompromiss sieht vor, dass die EU im kommenden Jahr insgesamt 142,6 Milliarden Euro als sogenannte Verpflichtungsermächtigungen verplanen darf. Dabei handelt es sich vor allem um Zusagen für die Begleichung von Rechnungen bei Großprojekten in späteren Jahren.

Von den 28 EU-Regierungen stimmten vier gegen den mit dem Europaparlament ausgehandelten Kompromiss. Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und Schweden hatten unter Hinweis auf die heimischen Sparzwänge noch striktere Einsparungen gefordert.